

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Osterath - Rommerskirchen**

Register 21

Sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft

Auftraggeber

**Amprion GmbH
Dortmund**

September 2023

Vorhabenträgerin:

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Franziska Schnepfer
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473
E-Mail: ultranet@amprion.net

Gutachterbüro:

Institut für Landschaftsentwicklung
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)
Frankenstr. 332
45133 Essen

Bearbeitung:

Dipl.-Ökol. Gudrun Christiansen
M. Sc. Biodiv. u. Ökol. Antje Kieburg
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld
Dipl.-Ing. Joachim Weiland

Inhaltsverzeichnis

1.	Veranlassung	4
2.	Rechtliche Vorgaben	5
3.	Vorhaben.....	7
3.1	Atypischer Sonderfall.....	7
3.2	Überwiegendes öffentliches Interesse an der Umsetzung des Vorhabens.....	7
3.3	Naturschutzgebiete.....	7
3.4	Landschaftsschutzgebiete	8
3.4.1	Südpark.....	8
3.4.2	Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung	11
3.4.3	Terrassenhang	15
3.4.4	Gillbachtal	18
3.5	Naturdenkmäler	22
3.6	Geschützte Landschaftsbestandteile	22
3.7	Nationalparke	23
3.8	Nationale Naturmonumente	23
3.9	Naturparke	23
3.9.1	Naturpark Rheinland.....	24
3.10	Biosphärenreservate	26
3.11	Gesetzlich geschützte Biotope	27
3.12	Biotopverbundflächen.....	27
4.	Erforderliche Anträge (Zusammenfassung)	29
5.	Literaturverzeichnis	30

1. Veranlassung

Die Amprion GmbH hat am 28. September 2021 den Antrag nach § 19 NABEG auf Planfeststellungsbeschluss für Errichtung und den Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie den temporären Drehstrombetrieb in dem ca. 29,5 km langen Abschnitt „Osterath – Rommerskirchen“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG bei der Bundesnetzagentur gestellt.

Gemäß § 18 Abs. 3 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43 c) EnWG, § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG wird durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens (hier: des Abschnitts „Osterath – Rommerskirchen“) einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle berührten öffentlich-rechtlichen Belange festgestellt. Demgemäß umfasst der gemäß § 19 NABEG gestellte Antrag auf Planfeststellungsbeschluss auch alle sonstigen öffentlich-rechtlichen Entscheidungen und Fachgenehmigungen, die zur Errichtung, zum Betrieb und zur Unterhaltung des Vorhabens sowie für die Durchführung der notwendigen Folgemaßnahmen erforderlich sind.

Im hier vorliegenden Register 21 „Sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft“ werden als Teil der Planfeststellungsunterlagen alle geschützten Teile von Natur und Landschaft (ausgenommen Natura 2000) angesprochen und die Anträge auf Genehmigung, Ausnahme oder Befreiung detailliert begründet. Dabei wird das beantragte Vorhaben berücksichtigt (vgl. Erläuterungsbericht, Register 1, Kap. 1).

Die Umsetzung des Vorhabens im gegenständlichen Abschnitt „Osterath – Rommerskirchen“ führt nicht zu notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG.

2. Rechtliche Vorgaben

Gemäß § 22 Abs. 1 BNatSchG erfolgt „Die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft [...] durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu. Schutzgebiete können in Zonen mit einem entsprechend dem jeweiligen Schutzzweck abgestuften Schutz gegliedert werden; hierbei kann auch die für den Schutz notwendige Umgebung einbezogen werden.“

In Nordrhein-Westfalen erfolgen gemäß § 7 Abs. 5 Nr. 2 LNatSchG NRW die Festsetzung besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft und die Bestimmung der jeweiligen Gebote und Verbote für diese Schutzobjekte durch den Landschaftsplan. Liegt ein Landschaftsplan nicht vor, kann gemäß § 43 LNatSchG NRW die Ausweisung von Schutzgebieten und -objekten durch ordnungsbehördliche Verordnung der höheren Naturschutzbehörde erfolgen.

Ferner sind die Begrifflichkeiten für Nationalparke und Nationale Naturmonumente in § 22 Abs. 5 BNatSchG festgelegt: „Die Erklärung zum Nationalpark oder Nationalen Naturmonument einschließlich ihrer Änderung ergeht im Benehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.“

Die Vorschrift des § 67 BNatSchG eröffnet die Möglichkeit, von den Geboten und Verboten des Bundesnaturschutzgesetzes und dem Naturschutzrecht der Länder (im vorliegenden Vorhaben also nach dem Naturschutzrecht des Landes Nordrhein-Westfalens) für besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft nach in atypisch gelagerten Einzelfällen aufgrund einer Einzelfallprüfung Befreiungen zu erteilen.

Ein Antrag ist Voraussetzung für die Einleitung eines Verwaltungsverfahrens über die Erteilung einer Befreiung. Der Antrag kann formfrei gestellt werden, bedarf aber zur Prüfung, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, einer detaillierten Begründung.

Die Erteilung einer Befreiung kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn sie in einem atypischen Sonderfall aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist (§ 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG).

Nach der Rechtsprechung müssen insoweit zwei Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sein: Ein atypischer Sonderfall und eine Abwägungsentscheidung zugunsten eines überwiegenden öffentlichen Interesses (vgl. BVerwG, Beschl. v. 20.2.2002 – 4 B 12/02, juris Rn. 3; VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 13.10.2005 – 3 S 2521/04, juris Rn. 46).

Ein atypischer Sonderfall liegt vor, wenn es sich um einen Sachverhalt handelt, der zum Zeitpunkt der Erlassung der Norm, die das jeweilige Gebot oder Verbot aufstellt, vom Normgeber nicht betrachtet wurde. Eine Befreiung aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen kommt daher insoweit nicht in Betracht, als der Normgeber diese bereits abstrakt oder sogar konkret vorhergesehen und dennoch nicht von der Anwendung der Norm ausgenommen hat (vgl. *Teßmer* in: BeckOK UmweltR, BNatSchG, 65. Ed. 1.1.2022, § 67 Rn. 8). Es muss ein besonderes, nicht abschätzbares Gemeininteresse eine Randkorrektur der Regelung erfordern (vgl. *Sauthoff* in: Schlacke, BNatSchG, 2. Aufl. 2017, § 67 Rn. 14.).

Im öffentlichen Interesse (§ 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) liegen beispielsweise Maßnahmen zur Verkehrssicherung, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, sowie zur Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft. Auch Maßnahmen der Energiegewinnung und Energieversorgung, der Abfallsorgung, der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur etc. liegen im öffentlichen Interesse, ebenso wie der Ausbau regenerativer Energien (vgl. OVG Münster, Urt. v. 21.04.2020 – 8 A 311/19, BeckRS 2020, 9117 Rn. 45; OVG Lüneburg, Urt. v. 22.11.2012 – 12 LB 64/11, ZfBR 2013, 162 (167); VG Minden, Urt. v. 22.10.2014 – 11 K 2096/13, juris Rn. 46). Gemäß § 1 S. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG), das den Ausbau der länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beschleunigen soll, ist die Realisierung von Stromleitungen aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich.

Anträge auf Befreiungen gemäß § 67 BNatSchG sind im Einzelnen dahingehend zu begründen, inwieweit das öffentliche Interesse an der Realisierung des Vorhabens das Integritätsinteresse an den geschützten Teilen von Natur und Landschaft überwiegt. Zu berücksichtigen sind dabei u.a.:

- der Schutzgegenstand und der Schutzzweck nach Maßgabe der Erklärung i. S. v. § 22 Abs. 1 BNatSchG,
- ggf. die Bedeutung des Gebietes für den betreffenden Schutzgegenstand und Schutzzweck im europäischen, nationalen und ggf. regionalen Kontext,
- etwaige Vorbelastungen im Gebiet,
- die durch das Vorhaben verletzten Gebote und Verbote,
- das Ausmaß der Beeinträchtigungen in qualitativer, quantitativer und zeitlicher Hinsicht, die infolge der Befreiung gemäß § 67 BNatSchG zu erwarten sind; insbesondere ist darzulegen, inwieweit der Schutzgegenstand und der Schutzzweck von den Beeinträchtigungen betroffen sind,
- die Bedeutung der betroffenen Schutzgüter (Grad der Gefährdung oder Erhaltungszustand),
- ggf. die Entwicklungsdynamik und Wiederherstellungspotenziale der betroffenen Schutzgüter,
- die Funktionserfüllung des Gebietes ggf. trotz Befreiung sowie
- Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs- bzw. Ausgleichsmaßnahmen.

Darüber hinaus eröffnen die in Rede stehenden Landschaftspläne selbst die Möglichkeit, auf Antrag eine Befreiung von den Ge- und Verboten für die Landschaftsschutzgebiete zu erlangen. Nach § 69 Abs. 1 lit. b Landschaftsgesetz NRW (LG NRW) kann von den Geboten und Verboten des LG NRW, der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und des Landschaftsplans eine Befreiung ergehen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern (s. RHEIN-KREIS NEUSS, 2019; Landschaftsplan I Neuss, S. 146 und RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich – Rommerskirchen, S. 59 f.).

3. Vorhaben

3.1 Atypischer Sonderfall

Bei der Realisierung des Vorhabens, das dem Ausbau und der Verstärkung des Stromübertragungsnetzwerks dient, handelt es sich um einen Sachverhalt, der zum Zeitpunkt der Ausweisung des Landschaftsschutzgebiets in seinen Dimensionen noch nicht absehbar war. Insbesondere waren damals noch nicht das Ausmaß und die Dringlichkeit der Maßnahmen zur Beschleunigung der Energiewende, wie sie u.a. im NABEG beschrieben werden, vorhersehbar. Die Vollziehung einer schnellen Energiewende, inklusive aller Maßnahmen, die diesem Zweck dienlich sind – wie die Realisierung des Vorhabens – stellen ein nicht abschätzbares Gemeininteresse dar, das eine Randkorrektur der Regelung erfordert. Das Vorhaben ist deswegen als atypischer Sonderfall im unter Kapitel 2 genannten Sinne anzusehen.

3.2 Überwiegendes öffentliches Interesse an der Umsetzung des Vorhabens

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes dient, ist in Kapitel 2.4 „Planrechtfertigung“ im Erläuterungsbericht (Register 1) der Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren dargelegt und begründet. Dieses Interesse überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der im Folgenden aufgeführten Ge- und Verbote der betroffenen Schutzgebiete. Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen werden die Einwirkungen auf die betroffenen Schutzgebiete zudem weitestgehend gemindert. Die Schutzgebiete bleiben trotz einer gewissen bauzeitlichen sowie dauerhaften Inanspruchnahme durch das Vorhaben in ihrer Funktion erhalten. Vorbehaltlich der fachlichen Stellungnahmen der zuständigen Naturschutz- bzw. Landschaftsschutzbehörden im Rahmen der Behördenbeteiligung, sind aus den derzeit vorliegenden Informationen über die betroffenen Schutzgebiete jedenfalls keine besonders hervorzuhebenden Gründe ersichtlich, die das öffentliche Interesse an der Realisierung des Vorhabens überwiegen. Zudem ordnet § 1 S. 3 NABEG die Realisierung von Stromleitungen in Bezug auf die Beschleunigung des Ausbaus der Übertragungsnetzwerke als überragendes öffentliches Interesse ein. Das spricht ebenfalls für das Überwiegen des öffentlichen Interesses an der Umsetzung des Vorhabens gegenüber dem öffentlichen Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der Ge- und Verbote der betroffenen Schutzgebiete. Aufgrund dessen ist auch anzunehmen, dass die Voraussetzungen einer Befreiung nach § 69 Abs. 1 lit. b LG NRW – ein überwiegender Grund des Wohls der Allgemeinheit – vorliegen.

3.3 Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete (NSG) werden gemäß § 23 BNatSchG zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Biotopen bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, landeskundlichen oder erdgeschichtlichen Gründen oder wegen der Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit einer Fläche oder eines Landschaftsbestandteils festgesetzt.

Es sind keine Naturschutzgebiete vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.4 Landschaftsschutzgebiete

Landschaftsschutzgebiete (LSG) werden auf Grundlage des § 26 BNatSchG zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung festgesetzt.

Nachfolgend werden die vom Vorhaben betroffenen LSG dargestellt, etwaige Auswirkungen und Konflikte identifiziert und notwendige Anträge gestellt.

LSG-4806-0001 "LSG-Südpark"

LSG-4805-0001 "LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung"

LSG-4806-0013 "LSG-Terrassengang"

LSG-4805-0009 "LSG-Gillbachtal"

3.4.1 Südpark

Das Landschaftsschutzgebiet „LSG-Südpark“ (LSG-4806-0001), mit einer Gesamtgröße von ca. 25,18 ha, liegt im Südwesten von Neuss und wird vom geplanten Trassenverlauf (Teilabschnitt „Pkt. Kreitz – Mast 1052 der Bl. 4570“; Bl. 4570) gequert (siehe Karte 5.2.1 Blatt 6 in Anhang A von Register 17).

Das Schutzgebiet umfasst im Wesentlichen die Flächen des durch Kiesabbau entstandenen Reuschenberger Sees im Neusser Stadtteil Reuschenberg sowie dessen parkartige Umgebung aus Grünland und Gehölzstrukturen.

Die Unterschutzstellung als LSG (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019; Landschaftsplan I Neuss) erfolgte insbesondere wegen der besonderen Bedeutung des Gebietes für die wohnungsnahe Erholung.

Verbote gemäß Landschaftsplan

Die Festsetzungen im Landschaftsplan legen für alle Landschaftsschutzgebiete fest, dass, soweit bei den einzelnen Gebieten nichts anderes bestimmt ist, alle Handlungen verboten sind, die den Charakter des Gebietes verändern können oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Für das „LSG-Südpark“ (LSG-4806-0001) gelten folgende spezielle Verbote, die für das Vorhaben relevant sind:

Verboten ist insbesondere:

- a) bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung für das Land NRW zu errichten, auch wenn sie keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen, sowie die Außenseite bestehender baulicher Anlagen zu ändern;¹

¹ Elektrische Versorgungsleitungen sind vom Anwendungsbereich der Bauordnung NRW (BauO NRW) ausgenommen, vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 BauO NRW. Es ist jedoch nicht abschließend geklärt, ob die Maste von elektrischen Leitungen dem Anwendungsbereich der BauO NRW unterfallen oder nicht. Deshalb wird das Verbot vorsorglich mit betrachtet.

- b) Bäume, Sträucher, Hecken, Feld- und Ufergehölze zu beseitigen oder zu beschädigen; als Beschädigung gelten auch das Verletzen des Wurzelwerkes und jede andere Maßnahme, die geeignet ist, das Wachstum negativ zu beeinflussen;
- c) mit Kraftfahrzeugen außerhalb der befestigten Fahrwege, Park- oder Stellplätze und Hofräume zu fahren oder diese dort abzustellen, Park- oder Stellplätze für Kraftfahrzeuge anzulegen, zu ändern oder bereitzustellen;
- g) landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände zu lagern, abzulagern oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen, Lagerplätze zu unterhalten, anzulegen oder bereitzustellen;
- i) ober- oder unterirdische Versorgungsleitungen (Frei- oder Rohrleitungen) sowie Zäune oder andere Einfriedungen anzulegen oder zu ändern.

Vorbelastungen

Das Schutzgebiet ist bereits durch die Nähe zum Stadtteil Reuschenberg, zur nördlich angrenzenden Bundesautobahn A 57, der westlich angrenzenden Bahngleise sowie durch die östlich liegende Bundesstraße B 477 vorbelastet. Zudem liegen im unmittelbaren Umfeld Freizeiteinrichtungen (u. a. das Südbad). Entsprechend bestehen visuelle, akustische und schadstoffbezogene Beeinträchtigungen. Die Hauptverkehrswege stellen Barrieren für Mensch und Tier dar. Die Isolation der Fläche ist als Vorbelastung zu bewerten.

Im Westen des Gebiets verlaufen die bestehenden Hochspannungsfreileitungen 380-kV-Ltg. Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206) und 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570) sowie die Bl. 2302, wobei die Bl. 4570 das Gebiet in einer gehölzarmen Schneise quert. Am nördlichen Rand wird das LSG über eine kurze Strecke von der Bl. 0253 gequert, die in Richtung der nordöstlichen Gewerbebereiche bis zur Umspannanlage (UA) Neuss/Jülicher Straße führt. Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen - Osterath, Bl. 4570 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Landschaftsschutzgebiet beträgt ca. 271 m.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar, wobei diese durch die Sichtverschattung des umgebenden Waldes nur im Nahbereich wahrnehmbar ist. Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Bestandsleitungen (durchschnittlich ca. 25 - 30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den sicheren Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Geplante Maßnahmen

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes befindet sich, bezogen auf das hier gegenständliche Vorhaben, als einziger Mast der Bestandsmast Nr. 1056 der Bl. 4570. Dieser wird nicht verändert. Es ist lediglich vorgesehen, an diesem Mast die Isolatoren zu tauschen (siehe Karte 5.2.1 Blatt 6 in Anhang A von Register 17). Im Planungszustand wird somit nicht mehr Fläche (durch ein Mastgeviert) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Es werden lediglich temporäre Baustelleneinrichtungsflächen (ca. 300 m²) am Maststandort und eine temporäre Zuwegung zum Maststandort (ca. 230 m Länge x 3,5 m Breite = 805 m²) beansprucht, durch die es zur Beseitigung von Vegetation innerhalb des Schutzstreifens kommen kann.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet

Im Zuge des Vorhabens werden Anpassungen an der bestehenden Leitung Bl. 4570 vorgenommen. Da der Bestandsmast Nr. 1056 in seinem Erscheinungsbild nicht verändert wird, liegt in Bezug auf die Sichtbarkeit des Mastes und die Fernwirkung keine Veränderung im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter des Schutzgebiets und dessen Erholungsfunktion haben könnte.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen des Masts Nr. 1056 eine temporäre Baustelleneinrichtungsfläche sowie eine temporäre Zuwegung herzustellen. Die temporäre Flächeninanspruchnahme betrifft überwiegend extensiv genutztes, frisches Dauergrünland. Dieses wird nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass die Flächen wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Im Bereich der Zuwegung reicht die Krone eines Einzelbaums in das Lichtraumprofil der Bauzufahrt. Der Baum ist nicht zu fällen, jedoch die Krone zurückzuschneiden. Weitere Gehölze werden nicht durch die Arbeitsfläche und Zuwegung berührt. Unmittelbar unterhalb des Masts Nr. 1056 liegt eine krautige / grasige Ruderalflur, die sich nach Abschluss der Baumaßnahmen aller Voraussicht nach wieder als ruderale Vegetation ausbildet, mitunter können sich auch Gebüsche ansiedeln, da hier keine reguläre landwirtschaftliche Bewirtschaftung (z. B. Mahd) vorgenommen wird.

Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Schutzgebietes.

Die temporären Zuwegungen und Baustelleneinrichtungsflächen des betroffenen Masts werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme mehrfach temporär nur für wenige Tage/Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das LSG und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Gebietes können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- b), c), g) und i).

Indem eine oberirdische Versorgungsleitung (elektrische Freileitung) verändert wird sowie entsprechend der Anlage der hierfür nötigen bauzeitlichen Arbeitsfläche und der Zuwegung (Beeinträchtigung von Einzelgehölzen, Baustellenbetrieb/-verkehr, Lagerung von Baumaterialien), verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

In Hinblick auf das Verbot a) ist festzuhalten, dass jedenfalls kein Mast neu errichtet wird. Ein Verstoß gegen das Verbot a) könnte, wenn man den Mast überhaupt als bauliche Anlage im Sinne der BauO NRW wertet, nur dann bestehen, wenn der Austausch der Isolatoren unter die Änderung der Außenseite einer bestehenden baulichen Anlage zu subsumieren wäre.

Antrag auf Befreiung

Obleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakters und Schutzzwecks zu erwarten ist, **wird aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Befreiung für die Verbote b, c, g und i sowie höchst vorsorglich für a des Landschaftsplans für das „LSG-Südpark“ / LSG-4806-0001 (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019; Landschaftsplan I Neuss) beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der rechtlichen Vorgaben des Landschaftsplans für das in Rede stehende Schutzgebiet. Zudem liegen die Voraussetzungen des Befreiungstatbestandes in § 69 Abs. 1 lit. b LG NRW vor (siehe Kapitel 3.2).

3.4.2 Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung

Das Landschaftsschutzgebiet „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ (LSG-4805-0001) besteht aus zwei Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 702,24 ha. Es befindet sich südlich bis südwestlich von Neuss (siehe Karte 5.2.1 Blätter 7 und 8 in Anhang A von Register 17).

Der geplante Trassenverlauf (Teilabschnitt „Mast 1052 der Bl. 4570 – Gohrpunkt“; Bl. 4206) quert den westlichen Teilbereich des Schutzgebietes mit der breiten Erftaue und der angehängten schmalen Gillbachniederung.

Die Unterschutzstellung als LSG (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019; Landschaftsplan I Neuss) „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ erfolgte insbesondere:

- wegen seiner botanischen, ornithologischen, kulturhistorischen und zoologischen Bedeutung
- als prägendes Landschaftselement
- wegen seiner Refugialfunktion für an Fließgewässer gebundene Organismen
- wegen seiner Bedeutung für die Erholung
- wegen seiner hohen Grenzlinienwirkung in der ansonsten baum- und strauchlosen Agrarlandschaft.

Aus Gründen des Artenschutzes besonders bedeutsame Bereiche sind laut Landschaftsplan die Laubmischwälder westlich Wehl und nördlich Hülchrath, der Selikumer Park mit angrenzendem Auenbereich, die östliche Erftaue zwischen Eppinghover und Erprather Mühle, Grabensysteme bei Gut Eppinghoven, der Holzheimer Wald sowie der Park von Gut Eppinghoven.

Das Schutzgebiet zeigt die im Umfeld vielerorts durch intensive landwirtschaftliche Nutzung überprägte oder verloren gegangene, ehemals landschaftstypische Vielfalt mit einer abwechslungsreichen, kleinräumigen Struktur aus Äckern und Grünland, die von Gewässern, Wald, Gehölzreihen und Einzelbäumen unterbrochen sind oder kleinräumig gegliedert werden. Damit dient das

LSG der Erhaltung und Entwicklung der siedlungsnahen Landschaft in ihrer charakteristischen, kulturlandschaftlichen Erscheinungsform.

Verbote gemäß Landschaftsplan

Die Festsetzungen im Landschaftsplan legen für alle Landschaftsschutzgebiete fest, dass, soweit bei den einzelnen Gebieten nichts anderes bestimmt ist, alle Handlungen verboten sind, die den Charakter des Gebietes verändern können oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Für das „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ gelten folgende spezielle Verbote, die für das Vorhaben relevant sind:

Verboten ist insbesondere:

- a) bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung für das Land NW zu errichten, auch wenn sie keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen, sowie die Außenseite bestehender baulicher Anlagen zu ändern;²
- b) Bäume, Sträucher, Hecken, Feld- und Ufergehölze zu beseitigen oder zu beschädigen; als Beschädigung gelten auch das Verletzen des Wurzelwerkes und jede andere Maßnahme, die geeignet ist, das Wachstum negativ zu beeinflussen;
- c) mit Kraftfahrzeugen außerhalb der befestigten Fahrwege, Park- oder Stellplätze und Hofräume zu fahren oder diese dort abzustellen, Park- oder Stellplätze für Kraftfahrzeuge anzulegen, zu ändern oder bereitzustellen;
- g) landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände zu lagern, abzulagern oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen, Lagerplätze zu unterhalten, anzulegen oder bereitzustellen;
- i) ober- oder unterirdische Versorgungsleitungen (Frei- oder Rohrleitungen) sowie Zäune oder andere Einfriedungen anzulegen oder zu ändern.

Vorbelastungen

Das Schutzgebiet ist bereits über die direkte Nähe zu den großflächigen Siedlungsbereichen der Neusser Stadtteile Holzheim, Reuschenberg, Selikum, Weckhoven sowie die B 477 und L 154 vorbelastet. Durch die das Schutzgebiet querenden Straßen kommt es in deren Nahbereich zu einer visuellen Belastung. Die mit der Nutzung der Straßen einhergehenden Schall- und Schadstoffemissionen sind ebenso als Vorbelastungen zu bewerten. Für die an die Siedlungsränder angrenzende Flächen, welche im LSG liegen, bestehen ebenfalls visuelle, akustische und schadstoffbezogene Beeinträchtigungen infolge siedlungsbezogener Emissionen (v. a. Lärm, Licht, Schadstoffe).

Durch das LSG verlaufen die bestehenden Hochspannungsfreileitungen 380-kV-Ltg. Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206) und 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570) sowie die Bl. 2302. Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 380-kV-Ltg. Osterath – Rommerskirchen, Bl. 4206 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Landschaftsschutzgebiet beträgt ca. 1.040 m.

² Elektrische Versorgungsleitungen sind vom Anwendungsbereich der Bauordnung NRW (BauO NRW) ausgenommen, vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 BauO NRW. Es ist jedoch nicht abschließend geklärt, ob die Maste von elektrischen Leitungen dem Anwendungsbereich der BauO NRW unterfallen oder nicht. Deshalb wird das Verbot vorsorglich mit betrachtet.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar, wobei diese zum Teil durch in der Umgebung liegende Gehölze sichtverschattet werden. Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Leitungen (durchschnittlich ca. 25 - 30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Geplante Maßnahmen

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes wird die Anzahl der Masten (3 Stück) vorhabenbedingt nicht verändert. Es ist vorgesehen, die Isolatoren an den Bestandsmasten Nr. 29, 30 und 33 der Bl. 4206 zu tauschen. Mast 29 wird zusätzlich um 6 m erhöht (siehe Karte 5.2.1 Blätter 7 und 8 in Anhang A von Register 17). Um die Standfestigkeit des Mastes zu gewährleisten, ist eine Fundamentverstärkung erforderlich. Im Planungszustand wird für Mast 29 wegen der Fundamentverstärkung geringfügig mehr Fläche (ca. 4 m²) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Hinzu kommen lediglich temporäre Baustelleneinrichtungsflächen an den Maststandorten (Arbeitsfläche an Mast 29 ca. 3.600 m²; an Mast 30 ca. 300 m², an Mast 33 ca. 294 m²) und temporär anzulegende Zuwegungen zu den Maststandorten (insgesamt ca. 368 m Länge x 3,5 m Breite = 1.288 m²), durch die es zur Beseitigung von Vegetation kommen kann. Die bauzeitlich in Anspruch zu nehmenden Flächen an Mast 29 und 30 liegen teilweise auch außerhalb des Bestandsschutzstreifens.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet

Im Zuge des Vorhabens werden Anpassungen an der bestehenden Leitung Bl. 4206 vorgenommen. Da die Bestandsmasten Nr. 30 und 33 in ihrem Erscheinungsbild nicht verändert werden, liegt in Bezug auf die Sichtbarkeit dieser Masten und deren Fernwirkung keine Veränderung im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter des Schutzgebiets und dessen Funktion haben könnte. Einzig Mast 29 wird um 6 m erhöht, auch mit der Folge, dass die Leiterseile jeweils bis zu den benachbarten Masten 1052 (außerhalb des LSG) und 30 zukünftig entsprechend höher hängen. Diese Erhöhungen werden jedoch allenfalls im Nahbereich wahrzunehmen sein. Daher und im Hinblick darauf, dass die Bestandsleitung bereits heute das LSG quert, ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters und des Schutzzwecks infolge der geplanten Maßnahmen nicht gegeben.

Durch die Fundamentverstärkung an Mast 29 besteht anlagebedingt der Verlust von 4 m² Fläche, die dauerhaft in vollversiegelte Fläche umgewandelt wird. Der Mast befindet sich innerhalb eines Ackers mit stark verarmter bis fehlender Segetalvegetation, wobei unmittelbar unterhalb des Mastes eine krautige bis grasige Ruderalflur vorliegt. Durch die geringfügige dauerhafte Neuinanspruchnahme und Nutzungsänderung von Fläche am bestehenden Maststandort wird keine erhebliche Beeinträchtigung von Charakter und Schutzzweck des LSGs verursacht.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen temporäre Baustelleneinrichtungsflächen sowie temporäre Zuwegungen herzustellen. Hierfür werden zum Großteil landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation; extensiv genutztes, frisches Dauergrünland) beansprucht. Die Flächen werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass diese wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Unmittelbar unterhalb des Mastes Nr. 29 und im Bereich der temporären Flächeninanspruchnahme an Mast Nr. 33 (Arbeitsfläche und temporäre Zuwegung) liegt eine krautige / grasige Ruderalflur, die sich nach Abschluss der Baumaßnahmen aller Voraussicht nach wieder als ruderale Vegetation ausbildet,

mitunter können sich unterhalb der Maste auch Gebüsche ansiedeln, da hier keine Bewirtschaftung (z. B. Mahd) vorgenommen wird.

Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Gebietes.

Die temporären Zuwegungen und Baustelleneinrichtungsflächen der betroffenen Maste werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme mehrfach temporär nur für wenige Tage/Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das LSG und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Schutzgebietes und der hier vorkommenden Tierarten können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch und der Masterhöhung auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- c), g) und i).

Indem eine oberirdische Versorgungsleitung (elektrische Freileitung) verändert wird sowie entsprechend der Anlage der hierfür nötigen bauzeitlichen Arbeitsflächen und Zuwegungen (kleinflächige dauerhafte Veränderung der Bodengestalt, Baustellenbetrieb/-verkehr, Lagerung von Baumaterialien), verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

In Hinblick auf das Verbot a) ist festzuhalten, dass jedenfalls kein Mast neu errichtet wird. Ein Verstoß gegen das Verbot a) besteht, wenn man den Mast überhaupt als bauliche Anlage im Sinne der BauO NRW wertet, darin, dass die Außenseite einer bestehenden baulichen Anlage verändert wird (durch die Masterhöhung, ggf. durch Isolatorentausch).

Antrag auf Befreiung

Ogleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakter und Schutzzweck zu erwarten ist, **wird aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Befreiung für die Verbote c, g und i sowie höchst vorsorglich für a des Landschaftsplans für das „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ “ / LSG-4805-0001 (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019; Landschaftsplan I Neuss) beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der rechtlichen Vorgaben des Landschaftsplans für das in Rede stehende Schutzgebiet. Zudem liegen die Voraussetzungen des Befreiungstatbestandes in § 69 Abs. 1 lit. b LG NRW vor (siehe Kapitel 3.2).

3.4.3 Terrassenhang

Das Schutzgebiet „LSG- Terrassenhang“ (LSG-4806-0013) besteht aus drei Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 292,67 ha. Die nördlichste Teilfläche liegt westlich von Gohr, einem Stadtteil von Dormagen. Die weiteren Teilflächen befinden sich östlich von Ortsteilen der Gemeinde Rommerskirchen (Evinghoven, Anstel, Frixheim, Nettesheim, Butzheim).

Der geplante Trassenverlauf (Teilabschnitt „Mast 1052 der Bl. 4570 - Gohrpunkt“, Bl. 4206; Teilabschnitt „Gohrpunkt – Rommerskirchen“, Bl. 4207) quert die nördliche Teilfläche sowie die südlichen Teilflächen (siehe Karte 5.2.1 Blätter 10 und 12-14 in Anhang A von Register 17).

Die Unterschutzstellung als LSG (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich - Rommerskirchen) erfolgte insbesondere zur Erhaltung der Geomorphologie und des Kleinreliefs.

Verbote gemäß Landschaftsplan

Die Festsetzungen im Landschaftsplan legen für alle Landschaftsschutzgebiete fest, dass, soweit bei den einzelnen Gebieten nichts anderes bestimmt ist, alle Handlungen verboten sind, die den Charakter des Gebietes verändern können oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Für das „LSG-Terrassenhang“ gelten folgende spezielle Verbote, die für das Vorhaben relevant sind:

Verboten ist insbesondere:

- 1. bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung für das Land NW zu errichten sowie die Außenseite bestehender baulicher Anlagen zu ändern, auch wenn das Vorhaben keiner bauaufsichtlichen Genehmigung bedarf, Buden Verkaufsstände, Verkaufswagen oder Warenautomaten zu errichten, aufzustellen oder abzustellen;³
- 4. Straßen, Wege oder Plätze zu errichten, zu ändern oder bereitzustellen;
- 5. Aufschüttungen, Verfüllungen, Abgrabungen, Ausschachtungen oder Sprengungen vorzunehmen, Bodenmaterial zu entnehmen oder die charakteristische Bodengestalt auf andere Weise zu verändern; ferner die Veränderung, Beseitigung oder das Anlegen von Wasserläufen, Wasserflächen oder deren Ufern;
- 6. oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern;
- 7. landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände zu lagern, abzulagern oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen, Lagerplätze zu unterhalten, anzulegen oder bereitzustellen;
- 9. Bäume, Sträucher, Hecken, Feld- und Ufergehölze zu beseitigen oder zu beschädigen; (Als Beschädigung gelten auch das Verletzen des Wurzelwerkes und jede andere Maßnahme, die geeignet ist, das Wachstum negativ zu beeinflussen);
- 10. mit Kraftfahrzeugen außerhalb der befestigten oder gekennzeichneten Straßen, Fahrwege, Park- oder Stellplätze und Hofräume zu fahren oder diese dort abzustellen;

³ Elektrische Versorgungsleitungen sind vom Anwendungsbereich der Bauordnung NRW (BauO NRW) ausgenommen, vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 BauO NRW. Es ist jedoch nicht abschließend geklärt, ob die Maste von elektrischen Leitungen dem Anwendungsbereich der BauO NRW unterfallen oder nicht. Deshalb wird das Verbot vorsorglich mit betrachtet.

Vorbelastungen

Das Schutzgebiet ist bereits über die direkte Nähe zu Gohr, einem Stadtteil von Dormagen, den Ortsteilen der Gemeinde Rommerskirchen (Anstel, Frixheim, Nettesheim, Butzheim) sowie die B 477 und L 280 vorbelastet. Durch die das Schutzgebiet querenden Straßen kommt es in deren Nahbereich zu einer visuellen Belastung. Die mit der Nutzung der Straßen einhergehenden Schall- und Schadstoffemissionen sind ebenso als Vorbelastungen zu bewerten. Für an Siedlungsränder angrenzende Flächen, die im LSG liegen, bestehen ebenfalls visuelle, akustische und schadstoffbezogene Beeinträchtigungen infolge siedlungsbezogener Emissionen (v. a. Lärm, Licht, Schadstoffe).

Durch das LSG verlaufen die bestehenden Hochspannungsfreileitungen 380-kV-Ltg. Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206), 380-kV-Ltg. Gohrpunkt - Rommerskirchen (Bl. 4207) und 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570) sowie Bl. 2302. Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 380-kV-Ltg. Osterath - Gohrpunkt, Bl. 4206 und 380-kV-Ltg. Gohrpunkt – Rommerskirchen, Bl. 4207 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Landschaftsschutzgebiet beträgt ca. 2.077 m.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar. Da Gehölzstrukturen in der näheren Umgebung der Leitungen weitgehend fehlen, sind keine sichtverschattenden Wirkungen gegeben. Auch das Relief in der näheren Umgebung kann Fernwirkungen der Leitungen in der Offenlandschaft nicht wesentlich einschränken. Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Leitungen (durchschnittlich ca. 25 – 30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Geplante Maßnahmen

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes wird die Anzahl der Masten (6 Stück) vorhabenbedingt nicht verändert. Es ist vorgesehen, die Isolatoren an den Bestandsmasten Nr. 44 und 45 der Bl. 4206 sowie an Bestandsmast Nr. 14 der Bl. 4207 zu tauschen. Die Bestandsmasten Nr. 12, 13 und 15 der Bl. 4207 werden zusätzlich zum Isolatorentausch erhöht (siehe Karte 5.2.1 Blätter 10 und 12-14 in Anhang A von Register 17). Die Masten 12 und 15 werden um 3 m, der Mast 13 um 6 m erhöht. Um die Standfestigkeit zu gewährleisten, ist eine Fundamentverstärkung an Mast Nr. 13 erforderlich. Im Planungszustand wird aufgrund der Fundamentverstärkung geringfügig mehr Fläche (ca. 3 m²) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Hinzu kommen lediglich temporäre Baustelleneinrichtungsflächen an den Maststandorten (Arbeitsfläche an den Masten 44, 45, 12, 13, 14 und 15 ca. 11.677 m²) und temporär anzulegende Zuwegungen zu den Maststandorten (insgesamt ca. 166 m Länge x 3,5 m Breite = 581 m²), durch die es zur Beseitigung von Vegetation kommen kann. Die bauzeitlich in Anspruch zu nehmenden Flächen an Mast 44 der Bl. 4206 und Mast 14 der Bl. 4207 liegen teilweise auch außerhalb des Bestandsschutzstreifens.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet

Im Zuge des Vorhabens werden Änderungen an der bestehenden Leitung Bl. 4206 und 4207 vorgenommen. Da die Bestandsmasten Nr. 44 und 45 der Bl. 4206 sowie Nr. 14 der Bl. 4207 in ihrem Erscheinungsbild nicht verändert werden, liegt in Bezug auf die Sichtbarkeit dieser Masten und deren Fernwirkung keine Veränderung im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter des Schutzgebiets und dessen Funktion haben könnte. Die Masten 12 und 15 werden um 3 m, der Mast 13 um 6 m erhöht, auch mit der Folge, dass die Leiterseile

jeweils bis zu den benachbarten Masten 11, 16 (liegen außerhalb des LSG) und 14 zukünftig entsprechend höher hängen. Diese Erhöhungen werden jedoch allenfalls im Nahbereich wahrzunehmen sein. Daher und im Hinblick darauf, dass die Bestandsleitung bereits heute das LSG quert, ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters und des Schutzzwecks infolge der geplanten Maßnahmen nicht gegeben.

Durch die Fundamentverstärkung an Mast 13 besteht anlagebedingt der Verlust von 3 m² Fläche, die dauerhaft in vollversiegelte Fläche umgewandelt wird. Der Mast befindet sich innerhalb eines intensiv genutzten, frischen Dauergrünland; wobei unmittelbar unterhalb des Mastes eine krautige bis grasige Ruderalflur vorliegt. Im Zuge der Fundamentverstärkungen werden kleinere Baugruben um die Rundköpfe herum ausgehoben. Durch die geringfügige dauerhafte Neuinanspruchnahme und Nutzungsänderung von Fläche sowie die kleineren Baugruben am bestehenden Maststandort wird keine erhebliche Beeinträchtigung von Charakter und Schutzzweck des LSGs verursacht.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen temporäre Baustelleneinrichtungsflächen sowie temporäre Zuwegungen herzustellen. Hierfür werden zum Großteil landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation; intensiv genutztes, frisches Dauergrünland) beansprucht. Die Flächen werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass diese wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Unmittelbar unterhalb der Maste Nr. 45, 12, 13, 14 und 15 liegt eine krautige / grasige Ruderalflur, die sich nach Abschluss der Baumaßnahmen aller Voraussicht nach wieder als ruderale Vegetation ausbildet, mitunter können sich unterhalb der Maste auch Gebüsche ansiedeln, da hier keine reguläre landwirtschaftliche Bewirtschaftung (z. B. Mahd) vorgenommen wird.

Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Schutzgebietes.

Die temporären Zuwegungen und Baustelleneinrichtungsflächen der betroffenen Maste werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme mehrfach temporär nur für wenige Tage/Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das LSG und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Gebietes können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch und den Masterrhöhungen auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- 4), 5), 6), 7) und 10).

Indem oberirdische Versorgungsleitungen (elektrische Freileitung) verändert werden sowie entsprechend der Anlage der hierfür nötigen bauzeitlichen Arbeitsflächen und Zuwegungen (temporäre Errichtung von Wegen, kleinflächige dauerhafte Veränderung der Bodengestalt, Aushub kleiner Baugruben, Baustellenbetrieb/-verkehr, Lagerung von Baumaterialien), verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

In Hinblick auf das Verbot 1 ist festzuhalten, dass jedenfalls kein Mast neu errichtet wird. Ein Verstoß gegen das Verbot 1 besteht, wenn man den Mast überhaupt als bauliche Anlage im Sinne der BauO NRW wertet, darin, dass die Außenseite einer bestehenden baulichen Anlage verändert wird (durch die Masterhöhung, ggf. durch Isolatorentausch).

Antrag auf Befreiung

Obgleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakters und Schutzzwecks zu erwarten ist, **wird aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Befreiung für die Verbote 4, 5, 6, 7 und 10 und höchst vorsorglich für 1 des Landschaftsplans für das „LSG-Terrassengang“ / LSG-4806-0013 (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich - Rommerskirchen) beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der rechtlichen Vorgaben des Landschaftsplans für das in Rede stehende Schutzgebiet. Darüber hinaus liegen im konkreten Fall zudem die Voraussetzungen des Befreiungstatbestandes in § 69 Abs. 1 lit. b LG NRW vor (siehe Kapitel 3.2).

3.4.4 Gillbachtal

Das Landschaftsschutzgebiet „LSG- Gillbachtal“ (LSG-4805-0009), mit einer Gesamtgröße von ca. 482,24 ha, erstreckt sich entlang des Gillbachs vom Grevenbroicher Stadtteil Langwaden im Norden bis zur Gemeinde Rommerskirchen im Süden und wird vom geplanten Trassenverlauf (Teilabschnitt „Gohrpunkt - Rommerskirchen“; Bl. 4207) gequert (siehe Karte 5.2.1 Blatt 12 in Anhang A von Register 17).

Die Unterschutzstellung als LSG (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich - Rommerskirchen) erfolgte insbesondere:

- zur Erhaltung der Talform (Morphologie) und der Vegetationskomplexe, die einen besonders hohen Wert mit Refugial- und Ausgleichsfunktionen besitzen,
- in Teilbereichen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- zur Erhaltung und Entwicklung der Funktion als Erholungsbereich.

Im Landschaftsschutzgebiet liegen folgende besonders erhaltenswerte Hofanlagen:

- Haus Busch
- Muchhausen
- Norbistrath
- Haus Leusch
- Ramrather Hof
- Haus Kamp
- Hoeningner Haus
- Alt- und Neu-Ikoven
- Gut Alshof
- Haus Anstel

- Lommertzhof
- Kreuzfelder Hof
- Giller Höfe

Verbote gemäß Landschaftsplan

Die Festsetzungen im Landschaftsplan legen für alle Landschaftsschutzgebiete fest, dass, soweit bei den einzelnen Gebieten nichts anderes bestimmt ist, alle Handlungen verboten sind, die den Charakter des Gebietes verändern können oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Für das „LSG- Gillbachtal“ (LSG-4805-0009) gelten folgende spezielle Verbote, die für das Vorhaben relevant sind:

Verboten ist insbesondere:

- 1. bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung für das Land NW zu errichten sowie die Außenseite bestehender baulicher Anlagen zu ändern, auch wenn das Vorhaben keiner bauaufsichtlichen Genehmigung bedarf, Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen oder Warenautomaten zu errichten, aufzustellen oder abzustellen;⁴
- 5. Aufschüttungen, Verfüllungen, Abgrabungen, Ausschachtungen oder Sprengungen vorzunehmen, Bodenmaterial zu entnehmen oder die charakteristische Bodengestalt auf andere Weise zu verändern; ferner die Veränderung, Beseitigung oder das Anlegen von Wasserläufen, Wasserflächen oder deren Ufern;
- 6. oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern;
- 7. landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände zu lagern, abzulagern oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen, Lagerplätze zu unterhalten, anzulegen oder bereitzustellen;
- 10. mit Kraftfahrzeugen außerhalb der befestigten oder gekennzeichneten Straßen, Fahrwege, Park- oder Stellplätze und Hofräume zu fahren oder diese dort abzustellen;

Vorbelastungen

Das Schutzgebiet ist bereits über die direkte Nähe zu Siedlungsbereichen von Langwaden (östlicher Stadtteil von Grevenbroich) und den Ortsteilen der Gemeinde Rommerskirchen sowie die Bundesautobahn A 59, die B 477, L 69, K 27 und die Bahntrasse nördlich von Rommerskirchen vorbelastet. Durch die das Schutzgebiet querenden Straßen und die Bahntrasse kommt es in deren Nahbereich zu einer visuellen Belastung. Die mit der Nutzung der Verkehrsinfrastruktur einhergehenden Schall- und Schadstoffemissionen sind ebenso als Vorbelastungen zu bewerten. Für an Siedlungsränder angrenzende Flächen, die im LSG liegen, bestehen ebenfalls visuelle, akustische und schadstoffbezogene Beeinträchtigungen infolge siedlungsbezogener Emissionen (v. a. Lärm, Licht, Schadstoffe).

Durch das LSG verlaufen die bestehenden Hochspannungsfreileitungen 380-kV-Ltg. Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207), 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570), die Bl. 1056, 2397 und 4586 mit Anschluss an die UA Gohrpunkt, die Bl. 0864 mit Anschluss an die UA Anstel sowie die 380-kV-Ltg. Rommerskirchen – KW Frimmersdorf (Bl. 4517) und 380-kV-

⁴ Elektrische Versorgungsleitungen sind vom Anwendungsbereich der Bauordnung NRW (BauO NRW) ausgenommen, vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 BauO NRW. Es ist jedoch nicht abschließend geklärt, ob die Maste von elektrischen Leitungen dem Anwendungsbereich der BauO NRW unterfallen oder nicht. Deshalb wird das Verbot vorsorglich mit betrachtet.

Ltg. Rommerskirchen – Frimmersdorf (Bl. 4535) mit Anschluss an die UA Rommerskirchen. Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 380-kV-Ltg. Gohrpunkt - Rommerskirchen, Bl. 4207 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Landschaftsschutzgebiet beträgt ca. 163 m.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar, wobei diese in wenigen Teilen durch in der Umgebung liegende Gehölze sichtverschattet werden und dort entsprechend nur im Nahbereich wahrnehmbar sind. Innerhalb des Bestandschutzstreifens der Leitungen (durchschnittlich ca. 25 -30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Geplante Maßnahmen

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes befindet sich, bezogen auf das hier gegenständliche Vorhaben, als einziger Mast der Bestandsmast Nr. 7 der Bl. 4207. Es ist vorgesehen, die Isolatoren am Bestandsmast Nr. 7 zu tauschen und den Mast um 6 m zu erhöhen (siehe Karte 5.2.1 Blatt 12 in Anhang A von Register 17). Um die Standfestigkeit des Mastes zu gewährleisten, ist eine Fundamentverstärkung erforderlich. Im Planungszustand wird aufgrund der Fundamentverstärkung für Mast 7 geringfügig mehr Fläche (ca. 3 m²) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Hinzu kommt lediglich eine temporäre Baustelleneinrichtungsfläche, durch die es zur Beseitigung von Vegetation kommen kann. Diese liegt in der Gemarkung Frixheim-Anstel, Flur 4.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet

Im Zuge des Vorhabens wird Mast Nr. 7 um insgesamt 6 m erhöht, auch mit der Folge, dass die Leiterseile jeweils bis zu den benachbarten Masten 6 und 8 (außerhalb des LSG) zukünftig entsprechend höher hängen. Diese Erhöhungen werden jedoch allenfalls im Nahbereich wahrzunehmen sein. Daher und im Hinblick darauf, dass die Bestandsleitung bereits heute das LSG quert, ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters und des Schutzzwecks infolge der geplanten Maßnahmen nicht gegeben.

Durch die Fundamentverstärkung an Mast 7 besteht anlagebedingt der Verlust von 3 m² Fläche, die dauerhaft in vollversiegelte Fläche umgewandelt wird. Der Mast befindet sich innerhalb eines Ackers mit stark verarmter bis fehlender Segetalvegetation, wobei unmittelbar unterhalb des Mastes eine krautige bis grasige Ruderalflur vorliegt. Im Zuge der Fundamentverstärkung werden kleinere Baugruben um die Rundköpfe herum ausgehoben. Durch die geringfügige dauerhafte Neuinanspruchnahme und Nutzungsänderung von Fläche sowie die kleineren Baugruben am bestehenden Maststandort wird keine erhebliche Beeinträchtigung von Charakter und Schutzzweck des LSGs verursacht.

Bauzeitlich sind innerhalb des Landschaftsschutzgebietes für die technischen Anpassungen an Mast Nr. 7 temporäre Baustelleneinrichtungsflächen herzustellen. Hierfür werden zum Großteil landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation) beansprucht. Die Flächen werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass diese wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Unmittelbar unterhalb des Mastes Nr. 7 liegt eine krautige / grasige Ruderalflur, die sich nach Abschluss der Baumaßnahmen aller Voraussicht nach wieder als ruderale Vegetation ausbildet, mitunter können sich unterhalb der Maste auch Gebüsche ansiedeln, da hier keine reguläre landwirtschaftliche Bewirtschaftung

(z. B. Mahd) vorgenommen wird. Die temporär anzulegende Zuwegung liegt außerhalb des Landschaftsschutzgebietes.

Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Gebietes.

Die temporäre Baustelleneinrichtungsfläche des betroffenen Mastes wird auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Fläche wird während der Baumaßnahme mehrfach temporär nur für wenige Tage/Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das LSG und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Gebietes und der vorkommenden Tierarten können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch und der Masterhöhung auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Die zuvor genannten erhaltenswerten Hofanlagen des Schutzgebiets sind nicht durch das Vorhaben betroffen.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- 5), 6), 7) und 10).

Indem eine oberirdische Versorgungsleitung (elektrische Freileitung) verändert wird sowie entsprechend der Anlage der hierfür nötigen bauzeitlichen Arbeitsfläche (kleinflächige dauerhafte Veränderung der Bodengestalt, Aushub kleiner Baugruben, temporäre Veränderung der Bodengestalt, Baustellenbetrieb/-verkehr, Lagerung von Baumaterialien), verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

In Hinblick auf das Verbot 1 ist festzuhalten, dass jedenfalls kein Mast neu errichtet wird. Ein Verstoß gegen das Verbot 1 besteht, wenn man den Mast überhaupt als bauliche Anlage im Sinne der BauO NRW wertet, darin, dass die Außenseite einer bestehenden baulichen Anlage verändert wird (durch die Masterhöhung, ggf. durch Isolatorentausch).

Antrag auf Befreiung

Obgleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakter und Schutzzweck zu erwarten ist, **wird aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Befreiung für die Verbote 5, 6, 7 und 10 sowie höchst vorsorglich für 1 des Landschaftsplans für das „LSG-Gillbachtal“ / LSG-4805-0009 (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich - Rommerskirchen) beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung

der rechtlichen Vorgaben des Landschaftsplans für das in Rede stehende Schutzgebiet. Zudem liegen die Voraussetzungen des Befreiungstatbestandes in § 69 Abs. 1 lit. b LG NRW vor (siehe Kapitel 3.2).

3.5 Naturdenkmäler

Naturdenkmäler sind gemäß § 28 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar, deren besonderer Schutz aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit erforderlich ist. Die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.

Im UR befinden sich zwei Naturdenkmäler. Die Eiche mit der Denkmal-Nr. 6.2.3.9 befindet sich südlich des Robertzhof und nördlich der L30 (RHEIN-KREIS NEUSS, 2020; Landschaftsplan III Meerbusch / Kaarst /Korschenbroich). Das zweite Naturdenkmal stellt ein „Lößhohlweg mit Feldgehölzen östlich Nettesheim-Butzheim“ mit der Nr. 6.2.3.18 dar (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016; Landschaftsplan VI Grevenbroich – Rommerskirchen). Eine Betroffenheit durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen des Vorhabens besteht nicht (siehe Karte 5.2.1, Blatt 1, 13 und 14 in Anhang A). Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.6 Geschützte Landschaftsbestandteile

Geschützte Landschaftsbestandteile sind laut § 29 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Teile von Natur und Landschaft; deren besonderer Schutz zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts; zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- oder Landschaftsbildes; zur Abwehr schädlicher Einwirkungen oder wegen ihrer Bedeutung als Lebensstätten bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten erforderlich ist.

Die im UR liegenden geschützten Landschaftsbestandteile (RHEIN-KREIS NEUSS 2016, Landschaftsplan VI Grevenbroich – Rommerskirchen) und deren Betroffenheit durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen des hier gegenständlichen Vorhabens sind **Tabelle 1** zu entnehmen. Dargestellt sind die geschützten Landschaftsbestandteile im UR in Karte 5.2.1, Blatt 9, 12 und 13 in Anhang A.

Tabelle 1: Geschützte Landschaftsbestandteile im UR (von Nord nach Süd)

Geschützter Landschaftsbestandteil	Betroffen durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen
Nr. 6.2.4.4 „Hainbuche am Ortsrand von Gubisrath“	Nein
Nr. 6.2.4.5 „Eine Blutbuche und ein Ahorn am Ortsrand von Gubisrath“	Nein
Neuss L6 Nr. 6.2.4.18 (Fläche) „Böschung mit Gehölzbewuchs westlich Höveler Höfe“	Nein
Neuss L6 Nr. 6.2.4.6 „Lindenreihe (tlw. unterbrochen) und Reste einer Lindenallee entlang der B 477, beginnend nördlich von Gohr bis Anstel.“	Nein

Eine Betroffenheit durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen des Vorhabens besteht nicht. Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.7 Nationalparke

Nationalparke sind gemäß § 24 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte einheitlich zu schützende Gebiete; die großräumig, weitgehend unzerschnitten und von besonderer Eigenart sind; in einem überwiegenden Teil ihres Gebiets die Voraussetzungen eines Naturschutzgebiets erfüllen und sich in einem überwiegenden Teil ihres Gebiets in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden oder geeignet sind, sich in einen Zustand zu entwickeln oder in einen Zustand entwickelt zu werden, der einen möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik gewährleistet.

Es sind keine Nationalparke vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.8 Nationale Naturmonumente

Nationale Naturmonumente sind gemäß § 24 Abs. 4 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete; die aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen und wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit von herausragender Bedeutung sind. Nationale Naturmonumente sind wie Naturschutzgebiete zu schützen.

Es sind keine Nationalen Naturmonumente vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.9 Naturparke

Naturparke sind gemäß § 27 BNatSchG einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die sich u. a.

- wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und in denen ein nachhaltiger Tourismus angestrebt wird,
- nach den Erfordernissen der Raumordnung für die Erholung vorgesehen sind und
- der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird.

Naturparke sollen auch der Bildung für nachhaltige Entwicklung dienen.

Sie sind großräumig, und sollen sich überwiegend aus Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten zusammensetzen.

Nachfolgend werden die vom Vorhaben betroffenen Naturparke dargestellt, etwaige Auswirkungen und Konflikte identifiziert und notwendige Anträge gestellt.

3.9.1 Naturpark Rheinland

Der Naturpark Rheinland (NTP-010) hat eine Gesamtgröße von ca. 109.752,28 ha und wird im nördlichen Randbereich vom geplanten Trassenverlauf (Teilabschnitt „Gohrpunkt - Rommerskirchen“; Bl. 4207) gequert (siehe Karte 5.2.1 Blätter 14-17 in Anhang A von Register 17). Das 1959 gegründete Gebiet befindet sich westlich von Köln und Bonn und dient der Naherholung im Rheinland. Es umfasst Wälder, Flüsse, Seen, hügelige Vulkane, ebene Agrarlandschaft und kleine Dörfer. Neben Sehenswürdigkeiten, wie den zum Weltkulturerbe ernannten Barockschlössern Augustsburg und Falkenlust, wird der Naturpark ebenfalls für sportliche Freizeitaktivitäten aufgesucht. Von Norden nach Süden durchzieht der etwa 50 Kilometer lange Höhenzug der Ville den zentralen Bereich des Naturparks.

Angaben gemäß Naturparkplan

Der Zweckverband Naturpark Rheinland hat als Parkträger gemäß § 38 LNatSchG NRW einen Naturparkplan (ZWECKVERBAND NATURPARK RHEINLAND, 2017) aufgestellt. Inhaltlich soll das Strategiepapier zur Entwicklung der Region beitragen und die wichtigsten Herausforderungen und Handlungsbedarfe in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren benennen. Der Naturparkplan hat keine rechtliche Bindung.

Für die Arbeit im Naturpark werden die folgenden vier Handlungsfelder angesehen, denen jeweils Ziele zugeordnet sind (vgl. VDN, 2018):

- Naturschutz und Landschaftspflege
 - Alte Kulturlandschaften in ihrer Vielfalt und Schönheit durch nachhaltige Nutzung erhalten.
 - Biologische Vielfalt wie Lebensräume und Arten sichern.
- Erholung und nachhaltiger Tourismus
 - Attraktive Erholungsmöglichkeiten im Einklang mit Natur und Landschaft schaffen.
 - Eine nachhaltige touristische Entwicklung unterstützen.
- Umweltbildung und Kommunikation
 - Natur und Kultur und deren Zusammenhänge erlebbar machen.
 - Naturschutz und nachhaltige Entwicklung vermitteln – Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Nachhaltige Regionalentwicklung
 - Regionale Entwicklung und Wertschöpfung unterstützen.
 - Lebensqualität in der Region stärken.
 - Klima schützen.

Eine steigende Bedeutung besteht insbesondere über die „[...] Regionalentwicklung, deren Hauptziel die Freiraumsicherung und die Erhaltung und Aufwertung von Landschaft, Strukturen und Angeboten ist“ (ZWECKVERBAND NATURPARK RHEINLAND, 2017).

Für die Agrarlandschaften wird angegeben, dass über gezielte Naturschutzmaßnahmen die Landschaft angereichert und die Artenvielfalt und Biodiversität gestärkt werden kann.

Vorbelastungen

Aufgrund der Größe des Gebiets sind die einzelnen Vorbelastungen nicht detailliert darzulegen. Das Gesamtgebiet umfasst grundsätzlich Siedlungs- und Gewerbebereiche sowie dazugehörige Infrastruktur. Ebenso verlaufen zahlreiche bestehende Hochspannungsfreileitungen durch den Naturpark. Im vom Vorhaben betroffenen Bereich verlaufen die 380-kV-Ltg. Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207), 110-/220-/380-kV-Ltg. Rommerskirchen - Osterath (Bl. 4570) und 110-kV-Ltg. Pkt. Stommeln Nord – Brauweiler (Bl. 1064). Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 380-kV-Ltg. Gohrpunkt – Rommerskirchen, Bl. 4207 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Naturpark beträgt ca. 2.045 m.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar. Da Gehölzstrukturen in der näheren Umgebung der Leitungen weitgehend fehlen, besteht hier keine sichtverschattende Wirkung.

Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Leitungen (durchschnittlich ca. 25 -30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Insgesamt sind mit den genannten Nutzungen Emissionen (v. a. Lärm, Licht, Schadstoffe) verbunden, die als Vorbelastungen zu bewerten sind.

Geplante Maßnahmen

Innerhalb des Naturparks wird die Anzahl der Masten (5 Stück) vorhabenbedingt nicht verändert. Es ist vorgesehen, die Isolatoren an den Bestandsmasten Nr. 19, 20 und 22 der Bl. 4207 zu tauschen. Die Bestandsmasten Nr. 21 und 23 der Bl. 4207 werden zusätzlich erhöht (siehe Karte 5.2.1 Blätter 14-17 in Anhang A von Register 17). Der Mast 21 wird um 9 m und der Mast 23 um 6 m erhöht. Um die Standfestigkeit der Maste zu gewährleisten, sind Fundamentverstärkungen an den Masten 21 und 23 erforderlich. Im Planungszustand wird aufgrund der Fundamentverstärkungen geringfügig mehr Fläche (Mast 21: ca. 4 m², Mast 23: ca. 3 m²) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Hinzu kommen lediglich temporäre Baustelleneinrichtungsflächen an den Maststandorten (Arbeitsflächen an Mast 19, 20, 21, 22 und 33 ca. 8.077 m²) und temporär anzulegende Zuwegungen zu den Maststandorten (insgesamt ca. 55 m Länge x 3,5 m Breite = 192,5 m²), durch die es zur Beseitigung von Vegetation kommen kann.

Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet

Im Zuge des Vorhabens werden Änderungen an der bestehenden Leitung Bl. 4207 vorgenommen. Da die Bestandsmasten Nr. 19, 20 und 22 der Bl. 4207 in ihrem Erscheinungsbild nicht verändert werden, liegt in Bezug auf die Sichtbarkeit dieser Maste und deren Fernwirkung ebenfalls keine Veränderung im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter des Naturparks und dessen Funktionen haben könnte. Der Mast 21 wird um 9 m und Mast 23 um 6 m erhöht (Bl. 4207), auch mit der Folge, dass die Leiterseile jeweils bis zu den benachbarten Masten 20, 22 und 24 (liegt außerhalb des Naturparks) zukünftig entsprechend höher hängen. Diese Erhöhungen werden jedoch allenfalls im Nahbereich wahrzunehmen sein. Daher und im Hinblick darauf, dass die Bestandsleitung bereits heute den Naturpark quert, ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters und der Funktion infolge der geplanten Maßnahmen nicht gegeben.

Durch die Fundamentverstärkung an den Masten 21 und 23 besteht anlagebedingt der Verlust von 4 m² (Mast 21) und 3 m² (Mast 23) Fläche, die dauerhaft in vollversiegelte Fläche umgewandelt wird. Die Masten befinden sich jeweils innerhalb von Äckern mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation; wobei unmittelbar unterhalb der Maste eine krautige bis grasige Ruderalflur vorliegt. Im Zuge der Fundamentverstärkungen werden kleinere Baugruben um die Rundköpfe herum ausgehoben. Durch die geringfügige dauerhafte Neuinanspruchnahme und Nutzungsänderung von Fläche sowie die kleineren Baugruben an bestehenden Maststandorten wird keine erhebliche Beeinträchtigung von Charakter und Funktion des Naturparks verursacht.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen temporäre Baustelleneinrichtungsflächen sowie temporäre Zuwegungen herzustellen. Hierfür werden zum Großteil Äcker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation beansprucht. Die Flächen werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass diese wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Unmittelbar unterhalb der Maste Nr. 19, 20, 21, 22 und 23 liegt eine krautige / grasige Ruderalflur, die sich nach Abschluss der Baumaßnahmen aller Voraussicht nach wieder als ruderale Vegetation ausbildet, mitunter können sich unterhalb der Maste auch Gebüsche ansiedeln, da hier keine reguläre landwirtschaftliche Bewirtschaftung (z. B. Mahd) vorgenommen wird.

Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Gebietes.

Die temporären Zuwegungen und Baustelleneinrichtungsflächen der betroffenen Maste werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme mehrfach temporär nur für wenige Tage/Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die den Naturpark und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Gebietes können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch und den erforderlichen Masterhöhungen auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Naturparks und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Insgesamt sind durch das Vorhaben, auch im Hinblick auf die ausschließliche Betroffenheit eines Randbereichs des großflächigen Naturparks, keine relevanten, dauerhaften Beeinträchtigungen des Gebietes, dessen Charakters und seiner Funktion gegeben.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.10 Biosphärenreservate

Biosphärenreservate sind gemäß § 25 BNatSchG einheitlich zu schützende und zu entwickelnde Gebiete, die

- Großräumig und für bestimmte Landschaftstypen charakteristisch sind,
- in wesentlichen Teilen ihres Gebiets die Voraussetzungen eines Naturschutzgebiets, im Übrigen überwiegend eines Landschaftsschutzgebiets erfüllen,
- vornehmlich der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch hergebrachte vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und der darin historisch gewachsenen Arten-

und Biotopvielfalt, einschließlich Wild- und früherer Kulturformen wirtschaftlich genutzter oder nutzbarer Tier- und Pflanzenarten, dienen und

- beispielhaft der Entwicklung und Erprobung von die Naturgüter besonders schonenden Wirtschaftsweisen dienen.

Biosphärenreservate dienen, soweit es der Schutzzweck erlaubt, auch der Forschung und der Beobachtung von Natur und Landschaft sowie der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Es sind keine Biosphärenreservate vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.11 Gesetzlich geschützte Biotope

Gemäß § 30 Abs. 1 BNatSchG werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der in Absatz 2 des Gesetzes aufgeführten Biotope führen können, verboten. In § 42 LNatSchG werden für Nordrhein-Westfalen weitere gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 Abs. 2 Satz 2 des BNatSchG aufgeführt.

Es sind keine nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 42 LNatSchG NRW gesetzlich geschützten Biotope vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

3.12 Biotopverbundflächen

Gemäß § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes „Natura 2000“ beitragen.

Gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG besteht der Biotopverbund aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Bestandteile des Biotopverbunds sind

- Nationalparke und Nationale Naturmonumente,
- Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete,
- vornehmlich der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch hergebrachte vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und der darin historisch gewachsenen Arten- und Biotopvielfalt, einschließlich Wild- und früherer Kulturformen wirtschaftlich genutzter oder nutzbarer Tier- und Pflanzenarten, dienen gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30,
- weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks,

wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind.

Biotopverbundflächen werden vom geplanten Trassenverlauf im Bereich der Bl. 4588, der Bl. 4570, der Bl. 4206 und der Bl. 4207 gequert (siehe Karte 5.2.1 Blätter 1, 3 - 4, 7 - 8, 11 - 17 in Anhang A von Register 17). Herausragende Biotopverbundflächen (Kernflächen) überschneiden sich im Vorhabensbereich größtenteils mit anderen geschützten Teilen von Natur und Landschaft, die bereits in den vorherigen Kapiteln angesprochen wurden. Es handelt sich dabei um Teilflächen des „LSG-Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ (LSG-4805-0001, siehe Karte 5.2.1 Blatt 13-14 in Anhang A von Register 17) und Teilflächen des „LSG- Terrassenhang“ (LSG-4806-0013, siehe Karte 5.2.1 Blatt 7 in Anhang A von Register 17). Für diese Landschaftsschutzgebiete werden Befreiungen von den geltenden Verboten gemäß Landschaftsplan beantragt, die entsprechend auch für die betroffene Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung gelten. Spezielle Verbote für Biotopverbundflächen werden in den einzelnen Fachbeiträgen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht angegeben (LANUV 2014, 2019), für die gesonderte Befreiungen zu beantragen wären.

Durch die überwiegende Nutzung einer Bestandsleitung, die nicht wesentlich verändert wird, ist davon auszugehen, dass die Funktion der großflächigen Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung langfristig erhalten bleibt. Erhebliche Beeinträchtigungen sind nicht zu erwarten.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

4. Erforderliche Anträge (Zusammenfassung)

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten für das Landschaftsschutzgebiet „Südpark“ gemäß Festsetzungen des Landschaftsplans Landschaftsplan I Neuss (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019) wird beantragt.

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten für das Landschaftsschutzgebiet „Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung“ gemäß Festsetzungen des Landschaftsplans Landschaftsplan I Neuss (RHEIN-KREIS NEUSS, 2019) wird beantragt.

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten für das Landschaftsschutzgebiet „Terrassenhang“ gemäß Festsetzungen des Landschaftsplans Landschaftsplan VI Grevenbroich – Rommerskirchen (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016) wird beantragt.

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten für das Landschaftsschutzgebiet „Gillbachtal“ gemäß Festsetzungen des Landschaftsplans Landschaftsplan VI Grevenbroich - Rommerskirchen (RHEIN-KREIS NEUSS, 2016) wird beantragt.

5. Literaturverzeichnis

Rechtsvorschriften

NABEG Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 08. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist.

EnWG Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist.

VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist.

BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1362, 1436) geändert worden ist.

BauGB Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist

LNatSchG N Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV. NRW. 2000 S. 568), das zuletzt durch Artikel 34 des Gesetzes vom 01. Februar 2022 (GV. NRW. S. 139) geändert worden ist.

Planwerke und sonstige Quellen

LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2022): Landschaftsinformationssammlung (LINFOS). Informationen zu den geschützten Teilen von Natur und Landschaft. URL: <http://linfos.naturschutzinformationen.nrw.de/atlinfos/de/atlinfos> (Zugriff: 17.11.2022).

LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2019): Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion Düsseldorf (Kreis Kleve, Mettmann, Rhein-Kreis Neuss und Viersen, Städte Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen und Wuppertal). Recklinghausen. August 2014.

LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2014): Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln. Recklinghausen.

Rhein-Erft-Kreis (2021): Landschaftsplan 7 – Rommerskirchener Lössplatte. 12. Änderung (Stand 12/2021). Kartendarstellung. Zugriff über GeoPortal Rhein-Erft. URL: <https://geo.rhein-erft-kreis.de/WebOffice/synserver?client=core&project=Allgemein&view=Landschaftsplaene> (Zugriff: 05.07.2022).

Rhein-Kreis Neuss (2020): Landschaftsplan Rhein-Kreis Neuss. Landschaftsplan III Meerbusch – Kaarst – Korschenbroich. 5. Vereinfachte Änderung (11.07.2020).

Rhein-Kreis Neuss (2019): Landschaftsplan Rhein-Kreis Neuss. Landschaftsplan I Neuss. 10. Änderung (16.06.2017). Stand: 09.05.2019

Rhein-Kreis Neuss (2016): Landschaftsplan Rhein-Kreis Neuss. Landschaftsplan VI Grevenbroich – Rommerskirchen. 2. Änderung (07.12.2014). Stand: 16.08.2016.

VDN (Verein Deutscher Naturparke e. V.) (2018): Naturparke in Deutschland 2030 – Aufgaben und Ziele. 4. Fortschreibung. Beschlossen auf Mitgliederversammlung am 18.09.2018. 26 S. Download über URL: <https://www.naturparke.de/naturparke/leitbild.html> (Zugriff: 10.11.2022).

Zweckverband Naturpark Rheinland (2017): Der Naturparkplan des Naturpark Rheinland 2017. Oktober 2017. Köln. 82 S. Download über URL: <https://www.naturpark-rheinland.de/zweckverband> (Zugriff: 10.11.2022).